

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,
Tel.-Nr.: Postfahrt Berlin, Verein, Zeitungsverlag GmbH.,
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postleitz.: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-
Expedition, m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1
Kurzzeit 1825/26. Schl. der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahl. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl.
Frägerlohn in Berlin u. Orien n. erg. Rüste. Postverzug auschl. Verstell-
geld 2,60 M.; Streichband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12seit. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3seit. Ver-
millimeterzeile 2,50 M. Arbeitsorgan u. Sammelanz.: Millimeter 20 Pf.
Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Überschriften 30 Pf. Arbeitsmarkt: Werb. Pf.

Stürmische Eröffnung des Landtags:

Die Kommunisten greifen an!

Die Kommunisten erheben die Forderungen der Millionen Erwerbslosen und Notleidenden — Nazis in Einheitsfront mit der Braun-Severing-Regierung — Der kommunistische Appell an die SPD-Arbeiter zum außerparlamentarischen Kampf

Die geistige Eröffnung des neu gewählten Preußischen Landtages stand im Zeichen des kommunistischen Angriffes. Die Kommunisten beherrschten den ganzen Verlauf der Sitzung. Die Kommunisten stellten ihre Anträge für die Millionenmassen der Erwerbslosen und Notleidenden in den Mittelpunkt der kurzen Sitzung.

Die Kommunisten erhoben durch den Mund der Genossen Pieck und Käpfer die schärfste Anklage gegen die volksfeindliche Politik von den Nationalsozialisten bis zu den SPD-Führern. Schon in der ersten Sitzung zeigte sich eine Einheitsfront der Nazis mit der geschäftsführenden Regierung Braun-Severing, als auch Nazis und Deutschnationale ablehnten, den kommunistischen Missbrauchsantrag gegen die Regierung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Sitzung schloss mit dem brausenden Gesang der „Internationale“.

Nazi-Alterspräsident sagt kein Wort gegen Versailles und Young

Als der nationalsozialistische Alterspräsident General Lippmann die Sitzung eröffnete und die Nazis die Hand zum Faschistengruß hoben, stimmte die gesamte kommunistische Fraktion in Ruhe ein: „Nieder mit den kaiserlichen Generälen! Nieder mit den Mordgenerälen!“ Als Lippmann stotternd fragte, ob jemand älter als er sei, kamen Zurufe: „Du hast den Krieg gut überstanden, während die Soldaten in den Massengräbern liegen!“

Als Lippmann vorläufig die alte Geschäftsordnung des Landtages übernahm und sich in seiner Eröffnungsrede nur mit technischen Dingen beschäftigte, rief der Genosse Koenen:

„Kein Wort zu Versailles und zum Youngplan! Kein Wort zur Tributslaverei! Kein Wort gegen das ausländische Finanzkapital!“

Die Kommunisten riefen ihm zu: „Adolf Hitler hat's verboten! Ihr wollt regierungsfähig werden!“

Kommunistische Abrechnung mit Braun-Severing

Das Bild der Sitzung änderte sich rasch. An die Stelle des stotternden Generalen des Nazi-Alterspräsidenten trat der führende kommunistische Vorstoß.

Genosse Wilhelm Pieck trat, mit Händelssachen und dreifachem „Rot-Front“ von den Kommunisten begrüßt, auf die Landtagtribüne und begründete einen kommunistischen Missbrauchsantrag gegen die geschäftsführende Regierung Braun-Severing. Jeder Satz eine scharfe Anklage gegen ihr System. Jeder Satz eine Anprangerung der Politik der SPD-Führer, die die Nazis zur Regierungsvorantwortung „entlassen“ wollen. Genosse Pieck forderte die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages als Wissenstundegebung des Landtages.

Heute enttarnt sich die Nazis. Nur die Kommunisten unterstützen den Antrag.

Deutschnationale und Nazis blieben zur Deckung der Regierung Braun-Severing sitzen.

Es wiederholte sich die Einheitsfront zwischen Nazis und SPD, die schon in Erscheinung trat, als der General Lippmann neben einem Nationalsozialisten den SPD-Mann Pöhöld zum Beisitzer ins Präsidium berief. Die Kommunisten riefen den Nazis zu: „So lämpft ihr gegen das System!“

KPD fordert sofortige Beratung der Erwerbslosenforderungen!

Dem ersten kommunistischen Angriff folgte bald ein zweiter. Genosse Käpfer, wieder demonstrativ von unserer Fraktion begrüßt, erhob

im Namen der Millionen Erwerbslosen und Notleidenden die schärfste Anklage gegen die Landtagsparteien, die sich in den nächsten Tagen mit ihren parlamentarischen Schleppungen anstatt mit den Nöten der Mehrheit der arbeitenden preußischen Bevölkerung befassen will.

Genosse Käpfer forderte, daß die kommunistischen Anträge auf Rückgängigmachung der Kürzung des Wohlfahrtsunterstützung, gegen die Exkumierung der erwerbslosen und wer-

ktätigen Mieter und für sofortige Arbeitsbeschaffung, sowie unser Antrag gegen die Zwangshypothekenbelastung der Kleinbürger, auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung gelegt wird. Er prangerte das Schweigen der Nazis, des Zentrums und der SPD zu diesen Lebensorderungen der notleidenden Massen an.

Als der Zentrumsabgeordnete Koßl „Wohlfahrtsdezentrale in Ehren, und einige christliche Gewerkschaftsführer Widerstand erhoben, entstand ein Sturm auf den kommunistischen Bänken, so daß der Widerspruch der Zentrumsabgeordneten nicht genügend unterstützt wurde.

Nach der Mitteilung des Nazi-Alterspräsidenten, daß die nächste Sitzung heute mittag um 1 Uhr stattfinden würde, schloß die Sitzung. Die Kommunisten stimmten die „Internationale“ an, während Nazis und SPD verdutzt langsam abzogen.

*

Die Kommunistische Partei hat gestern das Parlament als Tribüne für ihren Ruf zum außerparlamentarischen Kampf der Massen benutzt.

Die kommunistische Fraktion hat gestern in der ersten Landtagssitzung ihre schärfste prinzipielle Kampferklärung gegenüber dem arbeiterfeindlichen System Braun-Severing demonstriert und sich gleichzeitig an die Massen außerhalb des Parlaments gewandt, alle Kräfte zur Verhinderung einer Naziregierung durch die kämpfende rote Einheitsfront mobil zu machen.

Die SPD-Führer haben den sozialdemokratischen Arbeitern bei drei Wahlen erzählt, daß sie mit dem Stimmettel — zweimal für Hindenburg, einmal für Braun-Severing — „den Faschismus schlagen“ würden. Heute sind 163 Sozialabgeordnete im neuen Landtag. Heute ist Hindenburg die stärkste Hoffnung der Nazis für ihre baldige Heranziehung zur Regierung. Heute geht aber auch nach der bitteren Lehre des 24. April ein Besinnung durch die Reihen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen

Arbeiter, ein Besinnen auf die eigene proletarische Massenkrise außerhalb des Parlaments. Es wächst bei den sozialdemokratischen Arbeitern der Wille, gegen den Faschismus und die Notverordnungsdiktatur in einheitlicher Front wirklich zu kämpfen.

Die ganze Taktik der Kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments dient der Aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter gemäß dem Einheitsfrontangebot der KPD und KGO einzureihen in die gemeinsame Millionenfront zur Verhinderung jeder Naziregierung und zum Kampf gegen Lohn- und Unternehmensabbau, für die Verendigung der proletarischen Rechte. Eine Tolerierung der Schriftsteller des Faschismus, Braun-Severing, eine Blockpolitik mit diesen Wegbereitern des Hitler-Faschismus kommt dabei für keinen revolutionären Arbeiter in Frage.

Die SPD-Führer wollen die Nazis „auslassen“, ab die sozialdemokratischen Arbeiter wollen kämpfen.

In den ehrlichen Kampfwillen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten und Reichshammerarbeiter appelliert das geistige Auftreten der kommunistischen Fraktion im Landtag.

Böllige Kapitulation der Nazis vor dem Zentrum!

Der Kuhhandel um die Ministerseßel beginnt

Wie wir ioeben aus dem Büro des Preußischen Landtages erfahren, hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion ihren Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung zurückgezogen.

Der alte Landtag hatte bekanntlich beschlossen, daß in Zukunft die Wahl des Ministerpräsidenten mit absoluter Mehrheit durch den Landtag erfolgen muß, um der Regierung Braun-Severing das Weiterregieren als geschäftsführendes Kabinett zu ermöglichen. Jetzt haben die Nazis, die unter großem Zantam erklärt hatten, daß sie im neuen Landtag diese Geschäftsordnungsänderung rückgängig machen wollten, diese Absicht bedingungslos aufgegeben, um mit dem Zentrum über die Wahl eines Ministerpräsidenten einig zu werden.

Große Bauarbeiterstreits im Reich

In Baden, Bayern und Sachsen kämpfen die Jungproleten gegen den Lohnabbau

Der freie Lohnabbauvorstoß der Baubößen hat die Bauarbeiter im ganzen Reich in Bewegung gebracht. Überall flammen Streiks auf den Baustellen empor.

1200 Bauarbeiter streiken jetzt am Bau der Saalebachtalsperre bei Chemnitz. Der Streit steht unter Führung der KGO, während die Bauarbeiterverbandsbonzen zum Streikaufruf aufriefen. Der Verbandsbonzen Bieligt erläuterte, daß ein Mitglied der freien Gewerkschaft, daß sich in der Streitleitung befindet, ausgeschlossen werde.

In Baden streiken alle großen Baustellen an den Kraftwerken und Staustufen. 300 Arbeiter stehen an der Staustufe Neckarau und Hirzthorn am Neckarkanalbau im Streik. Die 700 Bauarbeiter am Großkraftwerkbau bei Alsbach traten gestern in den Streik und wöhnen auf breiter Einheitsfront gründlich eine Streitleitung. Wahrscheinlich werden die anderen Kraftwerkbauteile noch im Laufe dieser Tage in den Streik anschließen. Insgesamt streiken bisher 1500 Arbeiter an den größten Baustellen.

In München und Augsburg streiken insgesamt 1700 Bauarbeiter auf den größten Baustellen trotz härtesten Wider-

standes durch die Verbandsbürokratie. Eine Reihe von Firmen wurde bereits gezwungen, den alten ungekürzten Lohn weiter zu zahlen.

Rote Einheitsfront siegt auf Bahnhof 2 Müllerstraße

VBG-Arbeiter bilden Einheitskomitee

Zu einer von der KPD-Zelle und KGO-Gruppe eingerufenen Versammlung der VBG-Arbeiter vom Bahnhof 2 wurde einstimig, mit den Stimmen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsallgegen, ein Einheitskomitee zu bilden. Das Komitee setzt sich zusammen aus je zwei Mitgliedern des Gewerkschaftsverbandes, der KGO, der KPD und der SPD.

Einen ausführlichen Bericht über dieses verdiente Beispiel der Schaffung der roten Einheitsfront veröffentlichen wir unter Berücksichtung.